



Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit sind nur mit Frauen machbar

Frauen und Männer sind nach dem Grundgesetz gleichberechtigt – von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir aber immer noch weit entfernt. Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts sind immer noch alltägliche Realität. Es ist in den letzten Jahren eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in den Familien und ein gesellschaftlicher Rückschritt zu beobachten. Sexismus, digitalisierte und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Femizide nehmen in der Gesellschaft beängstigend zu.

Die weiterhin bestehende Lohnungleichheit und die große Renten-Lücke zwischen den Geschlechtern tragen dazu bei, dass Frauen, insbesondere Mütter und ihre Kinder sowie Ältere, ein erhöhtes Risiko für Armut haben.

Gesundheitlich sind Frauen durch die Doppelbelastung von Erwerbs- und Familienarbeit nach wie vor sehr stark belastet. Und eine künftige Gesundheitsreform darf nicht die Benachteiligung von Frauen verstärken. Auch die Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit ist unzureichend: Verhütungsberatung, die Versorgung bedürftiger Frauen mit kostenlosen Verhütungsmitteln, Beratung und Begleitung bei ungewollten Schwangerschaften sowie auch die Betreuung gewollt Schwangerer vor, bei und nach Geburten sind nicht im ausreichenden Maß gewährleistet.

All diese Missstände sind eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in der antifeministische und rassistische Angriffe zunehmend gefährlicher werden. Gleichzeitig solidarisieren sich aber immer mehr Menschen im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung und Sexismus. Dies ist auch dringend nötig, denn es muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden, nicht nur von Betroffenen, sondern von ALLEN:

Wir fordern Gleichberechtigung JETZT!

Hier sind Parteien, Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen gefordert: Setzen Sie sich für Geschlechtergerechtigkeit ein! Geschlechtergerechtigkeit ist kein Randthema und muss endlich mehr in den Mittelpunkt politischen Bemühens rücken.

Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

1. Fraueninfrastruktur im Bezirk

Frauenprojekte sind wichtige und notwendige niedrigschwellige Anlaufstellen für Frauen im Bezirk. In den Frauenprojekten gibt es eine hohe Expertise zum Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen von Frauen. Das Angebotsspektrum ist dabei sehr vielfältig und reicht von geschlechtersensibler Sozial-, Rechts-, und Anti-Gewalt-Beratung sowie Beratung zu Bildung und Beruf, Gruppenangeboten, Veranstaltungen, Gesundheit und Kultur bis hin zur Förderung des Frauensports.

Unserem wachsenden Bezirk muss Rechnung getragen werden.

Wir fordern:

- Die langfristige Sicherung und den Ausbau der bestehenden Frauenprojekte sowie Angebote für FLINTA* in Marzahn-Hellersdorf. Dabei müssen Tarifierhöhungen, Mieterhöhungen, eine Erhöhung der Personalkosten und weitere erhöhte Kosten berücksichtigt werden. Erhöhte Bedarfe müssen sich auch in einem Ausbau der Personalmittel widerspiegeln.
- Die weitere Förderung des Frauensports in Marzahn-Hellersdorf durch das Bezirksamt, insbesondere durch eine geschlechtergerechte Vergabe von Hallen- und Sportplatzzeiten auch an Mädchen- und Frauensportgruppen sowie die Unterstützung freier Bewegungs- und Sportgruppen für Mädchen, Frauen und Familien.
- Die Stärkung und Stabilisierung migrantischer Frauenprojekte wie z.B. den „Interkultureller Frauentreff ROSA“ von MiM e.V. und die intersektionalen Angebote für geflüchtete Frauen und Migrant*innen bei Matilde e.V., im Haus Babylon, bei der Reistrommel und bei HellMa in den nächsten Haushalten.
- Die Förderung von Projekten gegen Mehrfachdiskriminierung, wie z.B. die Förderung von Projekten für lesbische Frauen und Mädchen sowie für Frauen mit Beeinträchtigungen wie z.B. spezialisierte behindertengerechte medizinische Versorgungszentren insbesondere im Bereich Gynäkologie und Frauenheilkunde.

2. Alleinerziehende

In unserem Bezirk machen Alleinerziehende mit ihren Kindern ein Drittel aller Familien aus. Das entspricht einem Anteil von ca. 10 % an der Gesamtbevölkerung. Ungefähr 95 % der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie haben, selbst wenn sie erwerbstätig sind, ein überdurchschnittliches Armutsrisiko sowie erheblich höhere gesundheitliche Belastungen im

Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

Vergleich zu Eltern, die in Paarbeziehungen leben. Beides wirkt sich auch nachteilig auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Gesundheit ihrer Kinder aus.

Alleinerziehende sind in ihrem Alltag und in ihrer steuerlichen und sozialrechtlichen Behandlung immer noch benachteiligt. Viele dieser Benachteiligungen können nur durch die Bundesgesetzgebung behoben werden. Die Bezirkspolitik kann aber mit unterstützenden Maßnahmen den besonderen Belastungen Alleinerziehender entgegenwirken. Zudem kann sie dazu beitragen, dass die besonderen Leistungen Alleinerziehender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Eine gute Politik für Alleinerziehende fördert die Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist durch ihre unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Kinder auch Ausdruck einer kinderfreundlichen und zukunftsfähigen Kommunalpolitik.

Wir fordern:

- dass die Bezirkspolitik sich in größerem Maße als bisher der fairen und angemessenen Förderung von Alleinerziehenden als gleichberechtigter Familienform mit ihren besonderen Belastungen verpflichtet.
- eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ gute Versorgung mit kostenloser Kinderbetreuung, ergänzend auch bei atypischen Arbeitszeiten, und zusätzlichen flexiblen Angeboten der Kinderbetreuung.
- die Gewährleistung eines sicheren und diskriminierungsfreien Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum. Die Unterbringung von Alleinerziehenden mit Kindern in ASOG-Einrichtungen ist nicht bedarfsgerecht und nicht hinnehmbar. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Deutschland seit 2010 Kinderrechte zu achten und zu schützen. Es braucht neue Konzepte zum Umgang mit dieser Problemlage.
- eine finanzielle Unterstützung gesundheitsfördernder Angebote mit Kinderbetreuung und/oder zeitgleichen Kinderangeboten.

3. Kommunalpolitische Gremien

Nur durch die geschlechtergerechte Besetzung aller bezirklichen Gremien kann sichergestellt werden, dass die Situation und die Interessen von Frauen in allen Politikbereichen angemessen betrachtet und berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Dass der Vorstand der BVV und alle Ausschüsse der BVV geschlechtergerecht besetzt sind und Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind.

Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

- Dass alle Ausschüsse bei Beratungen und Entscheidungen die Auswirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen.
- Die Beibehaltung eines Ausschusses Gleichstellung als ein wichtiges Gremium.

4. Häusliche Gewalt

Die Themen geschlechtsspezifischer häuslicher, sexualisierter und digitalisierter Gewalt stehen derzeit verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Fall von Collien Fernandes. Die aktuellen Entwicklungen machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich: Seit 2020 sind die Fallzahlen von Sexualstraftaten um 29,8%, von häuslicher Gewalt um 17,8% und von digitalisierter Gewalt um 127,3% gestiegen.

Das Land Berlin arbeitet derzeit an einem Ausbau von Schutzplätzen und Beratungsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Dennoch wird dieser Ausbau dem steigenden Bedarf nicht gerecht. Es fehlt weiterhin an personellen und finanziellen Ressourcen, um eine angemessene Unterstützung und Beratung für die wachsende Anzahl schutzsuchender/ unterstützungssuchender Frauen und ihrer Kinder, vor allem in den Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, zu gewährleisten. Besonders gravierend ist jedoch das Defizit an präventiven Angeboten. Nur durch Prävention können die rasant ansteigenden Zahlen von geschlechtsspezifischer Gewalt gestoppt werden.

Wir fordern:

- Die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Erhalt bestehender und die Einrichtung weiterer Beratungs- und Erstanlaufstellen zur Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt, sowie für den Ausbau der Präventionsangebote.
- Die Einrichtung eines Frauenhauses bzw. weiterer Frauenschutzplätze im Bezirk und die Unterstützung der Träger, die diese Vorhaben umsetzen.
- Die Schaffung eines präventiven Angebots zur Bekämpfung digitalisierter Gewalt, welches sowohl Mädchen und Frauen im Schutz vor digitaler Gewalt stärkt, als auch Jungen und Männer als potenzielle Täter berücksichtigt.
- Die Schaffung einer Fachberatungsstelle für von sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen (und Jungen).

Forderungen zur Wahl am 20.9.2026

5. Wohnen

Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt hat sich zu einer konsistenten Wohnungskrise ausgewachsen. Wohnungsbestand und Neubau in der Stadt werden kaum den tatsächlichen Bedarfen gerecht, stehen dem Bedürfnis nach geschlechter- und sorgerechtem Wohnen entgegen und verschärfen soziale Ungleichheiten. Auch für Menschen mit gutem Einkommen gestaltet es sich äußerst schwierig, eine bezahlbare und ausreichend große Wohnung zu finden. Menschen mit niedrigem Einkommen, besonders Frauen, Alleinerziehende und ihre Kinder, sind von der Berliner Wohnungsnot stark betroffen. Die Krise der Wohnraumversorgung hat sich fast unbemerkt zur realen Gefahr der Wohnungslosigkeit für diese vulnerable Bevölkerungsgruppe ausgewachsen.

Wir fordern

- bei neu gebauten Wohngebieten eine gemischte Nutzung vorzusehen und dabei mindestens 50% der Wohnungen öffentlich zu fördern und mit einer entsprechenden Mietpreisbindung zu versehen.
- bei der Vergabe der mietpreisgebundenen Wohnungen Alleinerziehende und alleinlebende ältere Frauen mit Vorrang zu berücksichtigen.
- im Neubau bedarfsgerechte Grundrisse für Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Familien zu fördern.
- Anreize zum Wohnungstausch zu verstärken, wie es sie bei den landeseigenen Wohnungsgesellschaften bereits gibt. Dabei muss durch die Mietpreisgestaltung sichergestellt werden, dass der Tausch für beide Parteien vorteilhaft ist.
- gemeinschaftliche Wohnformen zu fördern, z.B. den verstärkten Ausbau von Mehrgenerationenprojekten, gekoppelt mit der notwendigen Infrastruktur für unterschiedliche Generationen und Lebensformen.
- Modellprojekte zur Wohnraumsicherung und -vermittlung bei drohender Wohnungslosigkeit für besonders vulnerable Gruppen (Alleinerziehende, gewaltbetroffene Frauen, Migrant*innen) weiterhin zu fördern bzw. zu entwickeln (Wohnen statt MuF, Wohnen statt ASOG).
- Stadtplanung mit Fokus auf Care-Verantwortung zu entwickeln und umzusetzen (die „sorgende Stadt“, die „15-Minuten-Stadt“).